



## 20,8 Millionen Euro „Staats-Miete“ im Monat vom Job-Center für Vermieter in Duisburg und am Niederrhein



Ein Schild, das die IG BAU in Duisburg und am Niederrhein gern häufiger sehen würde: „Vor allem beim sozialen Wohnungsbau haben Baustellenschilder Seltenheitswert. Es werden einfach zu wenige Sozialwohnungen neu gebaut“, so die Gewerkschaft. Foto: IG BAU | Florian Göricke

## Nordrhein-Westfalen: Bestand an Sozialwohnungen muss bis 2030 um 4.200 steigen

### **IG BAU-Appell an MdBs: „Mehr Sozialwohnungen – weniger Mietzahlungen an Vermieter“**

Der Staat lässt sich die Unterstützung fürs Wohnen in Duisburg und am Niederrhein einiges kosten. Er zahlt bei den Mieten kräftig mit: Rund 57.000 Haushalte mit insgesamt 107100 Menschen in Duisburg und am Niederrhein unterstützte der Staat im letzten Herbst bei den Kosten der Unterkunft (KdU). Dabei geht es um Mietzahlungen vom Job-Center für Bürgergeld-Empfänger: Allein für die Kaltmiete zahlte der Staat im letzten Oktober bei den Kosten der Unterkunft in Duisburg und am Niederrhein mehr als 20,8 Millionen Euro an die Vermieter.

Das geht aus der aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervor, auf die die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) jetzt verweist. „Dazu kommt Monat für Monat noch einmal eine stattliche Summe fürs Wohngeld. Ebenso übernimmt der Staat über die Job-Center-Zahlungen hinaus die Kosten der Unterkunft für viele weitere Menschen, die darauf angewiesen sind: Ältere mit knapper Rente zum Beispiel“, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Unterm Strich gebe der Staat damit in Duisburg und am Niederrhein viel Geld für Miete aus, um Menschen das Wohnen überhaupt ermöglichen zu können. „Und das, obwohl Duisburg und am Niederrhein nicht gerade zu den wirklich angespannten Wohnungsmärkten zählt. Immerhin liegen die gezahlten Mieten bei den Kosten der Unterkunft hier im bundesweiten Vergleich in der unteren Hälfte des Spektrums, in dem der Staat sonst KdU-Mieten bezahlt“, so die Gewerkschaft. Dies gehe aus einer Auswertung von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor, die das Pestel-Institut (Hannover) im Auftrag der IG BAU gemacht hat.

„Um es klar zu sagen: Es ist richtig und wichtig, dass der Staat Wohngeld zahlt und dass er die Kosten der Unterkunft übernimmt. Noch besser sind aber Sozialwohnungen. Sie machen den Staat unabhängig von jeder Miet-Preistreiberei auf dem Wohnungsmarkt. Auf Dauer sind sie also die günstigere Lösung für die Staatskasse. Außerdem sind Sozialwohnungen die beste Mietpreis-Bremse für den Wohnungsmarkt“, sagt Karina Pfau von der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Ein wichtiger Punkt, der auch für mehr Sozialwohnungen in Duisburg und am Niederrhein spreche, sei die Verteilungsfrage: „Der Staat könnte dann nämlich vor allem auch Menschen leichter mit einer Wohnung



# Pressespiegel

Ausgabe: 28.02.2024



versorgen, die es auf dem Wohnungsmarkt immer schwer haben: Haushalte mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Schwangere, Familien mit – vor allem mehreren – Kindern. Insbesondere aber auch Behinderte, psychisch Kranke, Wohnungslose und Vorbestrafte. Sie alle hätten dann endlich bessere Chancen, wieder leichter auf dem Wohnungsmarkt in Duisburg und am Niederrhein Fuß zu fassen“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau.

Die Gewerkschaft geht noch einen Schritt weiter: Die IG BAU wirft dem Staat ein „Missmanagement bei der Unterstützung fürs Wohnen“ vor. Bund und Länder hätten den sozialen Wohnungsbau seit Jahrzehnten „massiv vernachlässigt“. Das sei auch in Nordrhein-Westfalen deutlich zu spüren. „Dadurch haben wir jetzt landesweit einen Mangel an sozialem Wohnraum: Allein in Nordrhein-Westfalen muss der heutige Bestand an Sozialwohnungen bis 2030 um rund 4.200 steigen. Bundesweit werden dann über 910.000 Sozialwohnungen mehr gebraucht“, so Karina Pfau. Außerdem spitze sich die Situation in NRW zu: „Mehr und mehr Wohnungen fallen demnächst aus der Sozialbindung. Sie werden dann regulär auf dem Wohnungsmarkt angeboten. Und das bedeutet: zu deutlich höheren Mieten“, warnt Pfau.

Die Vorsitzende des IG BAU-Bezirksverbands Duisburg-Niederrhein beruft sich dabei auf eine aktuelle Studie, die das Pestel-Institut (Hannover) für das Bündnis „Soziales Wohnen“ gemacht hat. Die IG BAU engagiert sich in dem Bündnis für mehr sozialen Wohnungsbau. Weitere Partner sind der Deutsche Mieterbund (DMB), die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) sowie zwei Verbände der Bauwirtschaft.

„Jetzt steckt der Staat in einer Sackgasse: Er kann den Menschen, die dringend eine Unterstützung beim Wohnen brauchen, keine Sozialwohnungen anbieten. Also müssen die Job-Center die Mieten auf dem freien Markt akzeptieren. Und die sind in den letzten Jahren in vielen Orten durch die Decke gegangen“, sagt Karina Pfau.

Gegensteuern könne der Staat nur, wenn er jetzt anfangen, „in die Schaffung von deutlich mehr Sozialwohnungen zu investieren“. Die Bezirksvorsitzende appelliert daher an die Bundes- und Landtagsabgeordneten in Duisburg und am Niederrhein, sich für die Schaffung von Sozialwohnungen stark zu machen – bundesweit, vor allem aber auch in Nordrhein-Westfalen: „Denn jede einmalige Förderung, durch die eine neue Sozialwohnung entsteht, erspart dem Staat erhebliche Summen, die er sonst auf Dauer für die Unterstützung bei der Miete ausgeben müsste. Das ist eine einfache Rechnung, die vor allem der Bund, aber auch das Land Nordrhein-Westfalen spätestens dann beherrschen müssen, wenn die Sozialausgaben durch die Decke gehen: nämlich jetzt.“

Deshalb unterstützt die IG BAU Duisburg-Niederrhein die Forderung vom Bündnis „Soziales Wohnen“ nach einem bundesweiten „Sofort-Budget Sozialwohnungsbau“ von 50 Milliarden Euro. „Bund und Länder müssen jetzt Geld für den Neubau von Sozialwohnungen bereitstellen. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Nur so kann die Bundesregierung es noch schaffen, ihr Versprechen nicht komplett zu brechen: Nämlich 100.000 neu gebaute Sozialwohnungen pro Jahr, die es geben soll. Und die dringend gebraucht werden“, so Karina Pfau. Der „Booster für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus“ müsse rasch erfolgen. Denn der Mangel an Sozialwohnungen sei „ein Akut- und kein Übermorgenproblem“.

Außerdem sollen für den Neubau von Sozialwohnungen künftig nur 7 statt – wie bisher – 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, fordert die IG BAU. „Das gibt dem Neubau von Sozialwohnungen einen Schub. Und das macht die Mieten günstiger“, sagt die Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Darüber hinaus fordert die IG BAU eine „Sozial-Quote“ bei der Vergabe von Sozialwohnungen: „Ein 10-Prozent-Kontingent für benachteiligte Menschen – insbesondere auch für Menschen mit Behinderung“, so Karina Pfau.

Die IG BAU hat weitere Informationen zu einem Sondervermögen von 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau ins Internet gestellt. Die Forderung dazu kann online auch unterstützt werden: <https://deine.igbau.de/wohnungsbau>



## Arbeitnehmerrechte in der Landwirtschaft nicht verhandelbar



Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU, Foto: IG BAU, Tobias Seifert

*Gewerkschaft schreibt Brief an Bundeslandwirtschaftsminister und weist Forderung Belgiens zurück.*

In einem Schreiben an den Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir fordert der Stellvertretende Bundesvorsitzende der Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Harald Schaum die Zurückweisung des Vorschlags des belgischen Ratsvorsitzes, zur Entlastung der Landwirte die geplante Sanktionierung bei Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte zu verschieben. Er erklärt den deutlichen Protest der Gewerkschaft gegen diesen Vorschlag und verwies darauf, dass selbst die protestierenden Landwirte diese Forderung nie aufgestellt haben: "Wir bitten Sie anzuerkennen, dass die Unzufriedenheit der protestierenden Landwirte nicht durch einen Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer zu lindern ist", heißt es in dem Brief.

Der Gewerkschafter verwies auf die Sorgen der Landwirte und rief auf zu ernsthaften Vorstößen gegen die Machtkonzentrationen in der Nahrungsmittelkette, einem nachhaltigeren Ansatz bei Handelsabkommen, einer gerechteren Verteilung der Mittel aus dem Topf der europäischen gemeinsamen Agrarpolitik und einem ernsthaften Kampf gegen die Spekulation mit Lebensmitteln. Schaum bedauerte, dass die Gewerkschaft bis heute nicht ausreichend in die nationale Ausarbeitung der Umsetzung der Sozialen Konditionalität einbezogen ist, wie dies durch die europäische Regelung eigentlich vorgeschrieben sei. "Es ist nicht das erste Mal, dass die Stimme der Gewerkschaften bei Angelegenheiten, die die Landwirtschaft betreffen, ausgeklammert wird." Doch er vertraue auf die unmissverständliche Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums, wenn es um die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte gehe.